II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 63 | 31. Oktober 1919 | ז' חשון תר"ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Der kleine zion. Kongress in der Schweiz.

Die von der „Jüd. Preßzentrale Zürich" in No. 60 vom 8. Okt. gebrachte Meldung, wonach die zion. Jahreskonferenz im Januar in der Schweiz stattfinden soll, wird jetzt von dem neugegründeten Londoner Jüd. Korrespondenzbureau unterm 23. Okt. bestätigt. Danach soll diese Tagung im Januar 1920 in Basel stattfinden, unter Teilnahme von mehr als 100 Delegierten aus allen Ländern. Die zion. Organisation in Rußland (ohne Polen) wird berechtigt sein, 34 Delegierte zu entsenden, welche von den verschiedenen Leitungen in Petrograd, Rostow, Baku, Wilna, Irkutsk und der Ukraine zu ernennen sein werden.

Abgeordneter Farbstein über die Lage in Polen.

Herr *H. Farbstein*, Präsident des Misrachi in Polen und Vertreter Bialystoks im polnischem Reichstage, weilte auf der Durchreise nach Paris und London kurze Zeit in Zürich, wobei er die Freundlichkeit hatte, der „Jüd. Presszentrale Zürich" folgende Mitteilungen über die Lage in Polen zu machen. Auf unsere Frage, wie sich gegenwärtig die Beziehungen zwischen Polen und Juden gestalten, erklärte Abg. Farbstein:

„Leider sind bis jetzt keine grossen Aenderungen zum Vorteil zu verzeichnen. Die krasse Pogrombewegung, die viele galizischen Städte und auch manche Kongress-Polens heimsuchte, hat zwar in letzter Zeit nachgelassen. Der allgemeine Hass den Juden gegenüber ist jedoch in seiner vollen Stärke bestehen geblieben und die sehr scharfe Boykottbewegung ergreift fernerhin wie aus der letzten Sejm-Rede des Abg. *Hartglas* hervorgeht, alle Gebiete des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens."

„Versprechen sich die Polen von der Boykottbewegung irgendwelchen Nutzen für die ökonomische Lage des Landes?"

„Die vernünftigen Staatsleute und Politiker verstehen wohl nicht weniger als wir Juden, daß die ökonomische Entwicklung des Landes voll und ganz von den Beziehungen, die zwischen den Polen und Juden herrschen, abhängig ist. Nur ganz kurzsichtige Politiker können daran glauben, dass man die Juden durch den Boykott zur Emigration zwingen und dadurch den poln. Handel entjuden wird. Natürlich machen sich auch alte, noch aus der russischen Zeit restierende Traditionen bemerkbar. Wir Juden wünschen aufrichtig, aus ganzer Kraft, mit unsern besonderen Fähigkeiten und einflußreichen Beziehungen im Auslande, dem Lande zu helfen und zu dessen aufsteigender Entwicklung beizutragen."

„Ist zu hoffen, dass die Polen ihre verfehlte Taktik einsehen und sich eines Besseren besinnen werden?"

„Wir Juden glauben dies zuversichtlich, denn sonst hätten wir nicht so viel Energie und so viel Arbeit darauf verwendet, die Beziehungen zu sanieren. Wir sind überzeugt, dass die Herren die an der Spitze der Regierung stehen, es sicher einsehen werden, dass eine Basis für diese Einigung geschaffen werden muss. Im übrigen ist ja die Grundlage dafür bereits im Punkt 93 des Friedenstraktates geschaffen und die vollkommene Verständigung der beiden Nationen in Polen ist lediglich von der Verwirklichung des Friedensvertrages abhängig. Leider dürfte es jedoch noch lange dauern bis das poln. Volk einsehen wird, dass ein friedliches Zusammenleben der Polen und Juden ein wahrer Segen für das Land sein könnte."

„Wie gestalten sich, Herr Abgeordneter, die Beziehungen zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Reichstagsabgeordneten?"

Unsere privaten Beziehungen bewegen sich auf sehr höflichem Fusse. Was die politischen Beziehungen anbelangt, so haben sich die Verhältnisse in letzter Zeit zwar gebessert, aber wir finden noch immer bei keiner Partei irgendwelche Unterstützung für unsere gerechten Forderungen. Es genügt, irgend eine jüd. Frage aufs Tapet zu bringen, um sofort die Rechte in Wut zu versetzen. Auch bei den Bauernparteien finden wir keine Unterstützung und die Parteien der Linken schweigen die Judenfrage einfach tot. Das eine konnten wir wenigstens schon erreichen, dass die P. P. S. (poln. soz. Partei) unsere Interpellationen und Anträge mitunterzeichnet. Dies ist die einzige Möglichkeit, bei unserer geringen Zahl von 11 Mitgliedern, Interpellationen und Anträge einzubringen. Für die Besserung der Beziehungen spricht auch die Tatsache, dass die jüd. Abgeordneten jetzt Vertreter in den Senioren-Konvent und manche Kommissionen entsenden können."

„Wie verhält es sich mit den neuen Bestimmungen betreffs der Registrierung der Fremden?"

„Diese Frage hat grosse Aufregung bei der jüd. Bevölkerung hervorgerufen, was ja leicht zu begreifen ist. Für 50 bis 60% der Warschauer Juden, die seit Jahrzehnten dort wohnen, ohne als beständige Einwohner in den sog. Anmeldebüchern zu figurieren, besteht die Gefahr, dass sie, deren Kinder im poln. Heere dienen, die seit Jahrzenten unbewegliche Güter in Polen besitzen, die die grössten Handelshäuser und Bankge-

schäfte ihr eigen nennen, dass man sie ohne jeden Grund als Fremde betrachtet. Die jüd. Abgeordneten haben sich dieser Sache energisch angenommen und bei der Regierung darauf hingewiesen, dass auf Grund des Friedenstraktates alle am Tage der Ratifizierung dieses Traktates in Polen sich befindenden Einwohner ohne jede Formalität als poln. Bürger zu betrachten sind. Das Ministerium des Innern hat den jüd. Abgeordneten die Versicherung gegeben, daß keinesfalls die Absicht bestehe, mit dieser Verordnung den Juden irgendwelche Chicanen zu bereiten und daß es sich einzig und allein darum handelt, den in letzter Zeit so starken Fremdenzufluss einer strengen Registrierung zu unterziehen. Außerdem hat das Ministerium an die Ausführungsbehörden ein Zirkular ergehen lassen mit der Erklärung, daß alle seit 1. August 1909 in Polen ständig ansässigen Einwohner der Registrierung nicht unterliegen. Diese Erklärung genügt natürlich nicht die jüd. Abgeordneten zufrieden zu stellen und es werden mit der Regierung weitere Unterhandlungen gepflogen, um die Anerkennung des Bürgerrechtes gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu erreichen. Wir besitzen in Polen immer noch kein Gesetz betreffs Erwerbs des Bürgerrechtes, da ein solches erst vor kurzem durch das Ministerium des Innern im Sejm eingebracht worden ist. Die maßgebenden Kreise versichern, die Bestimmungen des Friedensvertrages voll und ganz verwirklichen zu wollen."

„Welche Resultate versprechen Sie sich von den nach Polen entsandten Untersuchungskommissionen?"

„Wir haben nie irgendwelche Anregung gegeben, solche Kommissionen nach Polen zu entsenden und versprechen uns auch nichts von der Tätigkeit derselben. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir unsere Sache mit den Polen intern erledigen müssen und betrachten die Kommissionen als verfehlt. Zwar geht die Verständigung nur langsam vorwärts, jedoch verlieren wir nicht die Hoffnung. Durch derartige Kommissionen wird unsere Arbeit nur erschwert."

„Wie denken Sie als Präsident des poln. Misrachi über den derzeitigen Stand dieser Bewegung in Polen und deren Verhältnis zur allgemeinen zion. Organisation?"

„Die traurigen Verhältnisse der Kriegszeit haben viel dazu beigetragen, bei den Juden tiefe Gefühle und innige Liebe für Zion zu erwecken. Von vielen Fortgeschrittensten bis zu den strengst Orthodoxen ist der Palästinagedanke bereits als Endziel der Lösung der Judenfrage anerkannt worden. Der Zionismus hat bei den jüd. Massen, sei es bewußt sei es unbewußt, festen Fuß gefaßt. Zehntausende von Juden, auch solche der besitzenden Klassen, die sich nie mit Politik befaßt haben, sind bereit, bei der ersten sich bietenden Möglichkeit nach Palästina auszuwandern. Diese Idee ist in den orthodoxen Kreisen noch bedeutend stärker vertreten als bei den Fortschrittlern. Die Sorge um die Erhaltung des religiösen Judentums hat größtenteils den orthodoxen Juden die Pflicht auferlegt, sich dem Misrachismus anzuschließen. Die Orthodoxen haben endlich begriffen, daß außer den religiösen Vorschriften, der Jugend noch ein zweites Ideal vorschweben muss. Die Eltern, die dem Zionismus hartnäckig Widerstand leisten, haben ohnehin ihre Kinder für den Chassidismus verloren und diese sind der allgemeinen zion. Organisation oder noch häufiger dem Zeirei-Zionismus beigetreten. Sie mussten sich also, um in streng religiöser Form das zion. Ideal ihren Kindern einprägen zu können, dem Misrachi anschließen. Dementsprechend entwickelt sich auch die Misrachi-Bewegung sowohl in Polen-Galizien wie auch Litauen ganz gewaltig und zählt heute in Polen mehr als 300 Organisationen. Unsere Beziehungen zu der allg. zion. Organisation haben sich in letzter Zeit etwas verschärft, da in der Leitung der zion. Organisation radikale Elemente sich befinden, die ein Zusammengehen mit den Orthodoxen nicht wünschen. Diese Trennung, die nur eine künstliche sein kann, dürfte von nicht langer Dauer sein und es liegt schon jetzt sowohl der allg. zion. Organisation als auch dem Misrachi die Anregung vor, auf den vielen Gebieten wo ein Zusammenarbeiten möglich ist, eine allgemeine Verständigung zu schaffen. Es fanden nach dieser Richtung schon verschiedene Beratungen statt und diese Angelegenheit scheint nun ins richtige Geleise gebracht worden zu sein."

„Inwieweit bekämpft der Misrachi die Szlome Emune Jisroel?"

„Der Misrachi sieht absolut keine Notwendigkeit, die Szlome Emune Jisroel zu bekämpfen. Bekämpfen tut man nur eine starke Partei. Ueber eine bedeutungslose Gruppe geht man einfach zur Tagesordnung über. Wenn Sie die misrachistische Presse und die der Szlome Emune Jisroel lesen, so werden Sie finden, daß der Misrachi mit dieser kleinen Gruppe sich nur sachlich auseinandersetzt, ohne sie zu bekämpfen. Dagegen besteht der Inhalt des „Jud" zum größten Teil nur aus Beschimpfungen gegen den Misrachi. Daß die Gruppe der Szlome Emune Jisroel hinter sich weder die orthodoxen Massen noch einen großen Teil der würdigsten Rabbiner hat, wissen diese Herren selbst am besten. Uebrigens haben sie sich bei den Wahlen in den Sejm genügend überzeugen können, daß sie in der jüd. Gasse gar keinen Einfluß besitzen."

„Wäre nicht doch eine Einigung dieser beiden im orthodoxen Judentum verwurzelten Bewegungen durchführbar und erwünscht?

„Die Logik sagt uns, daß wenn zwei Parteien viele strittige, aber auch viele gemeinsame Ideale in ihrem Programm haben, sie sich doch wenigstens was die letzteren betrifft, einigen müssten. Mit der Zeit dürfte es vielleicht dazu kommen. Aber solange die Herren der Szlome Emune Jisroel sich allein wie auch den Aussenstehenden vorgaukeln, daß sie eine Macht bilden und hinter sich quasi die breiten orthodoxen Massen haben, solange dürfte eine Einigung schwerlich möglich sein."

„Wie denkt man allgemein in Polen über die Londoner Mission des Abg. Rabb. Perlmutter?"

„Ueber die drastischen Gerüchte, die darüber zirkulieren, kann ich Ihnen keinen Bericht geben. Eines jedoch ist klar, daß wenn Rabb. Perlmutter wirklich in einer Mission gefahren ist, diese eine sehr mysteriöse sein muß. Die Szlome Emune Jisroel behaupten, Rabb. Perlmutter mit keiner Mission betraut zu haben. Wenn er aber von anderen Parteien eine Mission erhalten hat, ist diese nicht beneidenswert. Wie ich vor meiner Abreise hörte, soll die jüd. Bevölkerung Lublins, des Wahlkreises des Abg. Perlmutter, über dessen Reise ungehalten sein und die Forderung aufstellen, daß

Abg. Perlmutter sein Reichstags-Mandat niederlege. Es wäre dies eine traurige Erscheinung, die man sehr bedauern müßte. Jedenfalls hat Herr Perlmutter, bis jetzt wenigstens, offiziell mit Politik nichts zu tun gehabt und ich will zweifeln, ob seine polit. Aeusserungen tatsächlich mit den in der Presse darüber veröffentlichten Berichten übereinstimmen.

„Wie dünken Ihnen die Aussichten der Palästinafrage?"

„Ich will offen gestehen, daß die verschiedenen Berichte in der Presse, sei es zu gunsten oder zu ungunsten der zion. Bewegung in Palästina, mich wenig animieren oder abschrecken. Meine Meinung als Real-Politiker ist „vouloir c'est pouvoir." Der Wille des Volkes ist bedeutend stärker als jede Deklaration irgend eines Politikers. Für mich ist die Palästinafrage derzeit eine Wohnungs- und Verpflegungsfrage. Zehntausende oder besser gesagt Hunderttausende bemittelter Kaufleute, Industrieller, Handwerker wie auch einfacher Arbeiter erwarten mit größter Ungeduld den Moment, nach Palästina auswandern zu können. Diese Immigration der Juden nach Palästina kann jedoch nicht nach der Schablone einer Immigrations-Gesellschaft gemessen werden. Wenn nur die Möglichkeiten für eine Niederlassung in größerem Maßstabe geschaffen werden, werden wir mit Ruhe eine ernste und geordnete Immigration nach Palästina gewärtigen können. Es gibt Zehntausende von Familien, die trotz reichlicher Mittel gegenwärtig keine Möglichkeit haben, Handel und Industrie im Galuth zu betreiben, wodurch sie gezwungen sind, ihre Ersparnisse aufzuzehren. Alle diese werden nach Palästina auswandern, um dort eine produktive Tätigkeit zu beginnen. Das jüd. Genie, und die jüd. Anpaßungsfähigkeit bieten die beste Garantie dafür, daß diese Juden in der Zukunft Palästina zum Zentrum des Handels und Gewerbes, der Wissenschaft und der Kunst ausbilden werden. Möge man nur alle Hindernisse beseitigen und das Volk wird zu seinem Lande und das Land zu seinem Volk wiederkommen.

Grossbank für jüd. Hilfszwecke.

Der Präsident des Jüd. Nationalrates für Ostgalizien, *Dr. Michal Ringel,* der mit kurzen Unterbrechungen seit 8 Monaten in Paris an den Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen sich beteiligt, begab sich dieser Tage für kurze Zeit nach Wien, von wo er in Bälde wieder nach Paris zurückzukehren gedenkt. Auf seiner Durchreise durch Zürich war Herr Dr. Ringel so freundlich, der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" Informationen über die letzthin in Paris gepflogenen Beratungen zu erteilen. In bezug auf die politischen Fragen äußerte sich Dr. Ringel mit einer bei diesen Fragen selbstverständlichen Zurückhaltung und Reserve; soviel darf jedoch gesagt werden, daß wir sowohl in der zion. Frage als auch in der des Schutzes der jüd. Minorität in denjenigen Ländern, die den Friedensvertrag zu unterfertigen noch immer sich weigern, allen Grund haben optimistisch zu sein.

Ueber die wirtschaftlichen Fragen und vor allem über die Frage des Wiederaufbaues der vernichteten jüd. Wirtschaft in Osteuropa erklärte Dr. Ringel:

„Es ist mir aus New York die Mitteilung zugegangen, wonach die Gründung einer großen Bank zwecks Gewährung von Krediten zum Wiederaufbau der in Osteuropa verwüsteten jüd. Wirtschaft in das Stadium der Verwirklichkung getreten ist. Auf einer Sitzung der Vereinigten 3 jüd. Komitees Amerikas (Jewish Relief Committee, Central Relief Committee, People Relief Committee) brachte Präs. *Marshall* den Antrag ein, eine Bank zu gründen, mit dem Zwecke, Kredite zum Wiederaufabau der jüd. Industrie und des Handels in Osteuropa zu gewähren. Dieser Antrag wurde von *Jacob Schiff* wärmstens unterstützt, der ausführte, daß man bei einem eingezahlten Aktienkapital von 10 Millionen Dollars leicht weitere 40 Millionen Doll. auf dem Kreditwege aufbringen könne, sodaß diese Bank mit einem Kapital von 50 Millionen Doll. an ihre Arbeit werde gehen können. Der Antrag von Marshall wurde angenommen und die Vorarbeiten sind schon soweit gediehen, daß mit dem Druck der Aktien, die in jüd. Kreisen placiert werden sollen, bereits begonnen wird."

Ueber das Ergebnis seiner Konferenz mit *Felix Warburg*, dem Präsidenten des Joint Distribution Committee, äußerte sich Dr. Ringel: „Ich habe Herrn Warburg die traurige wirtschaftliche Lage der Juden Galiziens und speziell Ostgaliziens genau geschildert, wobei ich ihn an das s. Zt. von uns Präs. Marshall überreichte Memorandum erinnerte, welches sich nicht nur auf die Schilderung der Not und der Bedürfnisse beschränkt hatte, sondern auch eine Reihe von konkreten Projekten enthielt. Es handelt sich nicht um Linderung momentaner Not, sondern um Gewährung von Krediten, die dem Mittelstande den Bezug von Rohstoffen ermöglichen sollen. So sind wegen Mangel des notwendigen Kredites für Rohstoffe einige hundert jüd. Fabriken in Ostgalizien lahmgelegt. In seiner Antwort betonte Präs. Warburg, der dem Wiederaufbau sehr großes Interesse entgegenbringt und sich der Notleidenden Osteuropas in warmherziger Weise annimmt, daß sowohl er als auch alle in Betracht kommenden Personen in Amerika dieser Frage größtes Verständnis entgegenbringen. Man möge stets dem Joint Committee die einzelnen konkreten Pläne des Wiederaufbaues wie auch alle Zahlen und genaue Daten einsenden, das sicherlich alle Pläne in wohlwollendster Weise prüfen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Warburg sich für die Forderungen und Wünsche Ostgaliziens in New York wärmstens einsetzen wird.

Bei dieser Gelegenheit teilte ich Herrn Warburg auch mit, daß sich in Bälde eine jüd. Delegation aus Ostgalizien nach Amerika begeben wird, zur Darlegung der genauen Bedürfnisse der jüd. Bevölkerung und um dort in näheren Kontakt mit dem amerikanischen Judentum und den amerik. Hilfsgesellschaften zu treten. Dieser Delegation, die voraussichtlich als erste aus Osteuropa sich nach Amerika begibt, dürften weitere Delegationen aus den anderen Ländern des Ostens folgen."

Jüdische Welt-Hilfskonferenz.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Präs. des amerikanischen Joint Distribution Committee, Felix *Warburg* New York, welcher nach Paris in Angelegenheiten des Hilfswerkes für kurze Zeit gekommen war, hielt nach vorangegangenen persönlichen Besprechungen und partiellen Beratungen das Komitee der Jüd. Delegationen am 21. Okt. 1919 eine spezielle Sitzung ab, welche sich mit den Fragen der Rekonstruktion des zerrütteten

jüd. Wirtschaftslebens, insbesondere mit der zugunsten der vom Kriege betroffenen Juden geplanten Welthilfskonferenz beschäftigte. Außer Warburg wohnten dieser wichtigen Beratung als Gäste mehrere andere Persönlichkeiten bei, so Dr. *Bogen*, Rabb. *Teitelbaum*, welcher in den letzten Monaten im Auftrage amerikanischer Hilfsgesellschaften der Gesamtbevölkerung der Türkei, Kleinasiens und Palästinas Lebensmittel gebracht hatte, Advokat *Goldstein* aus der Ukraine, *Schweizer*, der Schatzmeister der amerik. Zionistenföderation u. A. In Abwesenheit des für eine kurze Zeit in der Schweiz sich aufhaltenden Präs. des Komitees *Sokolow*, leitete Leo *Motzkin* die Sitzung.

In der an die amerik. Gäste gerichteten Ansprache betonte der Vorsitzende die große Bedeutung des amerik. Judentums für das Judentum der gesamten Welt. Er wies u. a. auf die Rolle hin, welche das amerik. Judentum seit Beginn des Krieges gespielt hat. Was dabei an jüd. Selbstbewußtsein und jüd. Solidarität geschaffen wurde, bleibt ein dauerndes Blatt im Leben der jüd. Massen. Redner geht dann auf Besprechung der politischen Arbeiten des Komitees über und betont, daß ungeachtet des Erfolges in der poln. Sache die Frage mit Bezug auf Rumänien und mehrere andere Länder noch immer nicht endgültig entschieden ist, sodaß diejenigen, welche für die bürgerliche und nationale Gleichstellung der Juden dieser Länder kämpfen, permanent auf der Hut sein müssen. Insbesondere akut ist zuletzt die ganze unabsehbare Frage der Zukunft der russ. Juden geworden. Allein parallel mit diesen politischen Arbeiten ist zur Vermeidung einer außerordentlichen wirtschaftlichen Katastrophe die vom Komitee inaugurierte allg. jüd. Hilfskonferenz dringend, welche aus Vertretern der Hilfsorganisationen von Amerika, Europa, Asien etc. bestehen soll, um die besten Methoden und Formen der Schaffung größtmöglicher Fonds sowie das zweckmäßigste System der Verwendung dieser Summen festzusetzen. Auf den Appell, welchen das Komitee der Jüd. Delegationen deswegen an die Hilsorganisationen und Komitees von 25 Ländern gerichtet hat, sind uns von einer Reihe dieser Organisationen bereits zusagende Antworten zugekommen. Nach sehr kurzer Zeit wird bereits ganz Osteuropa den Ruf positiv beantwortet haben. Die ernste Frage ist nunmehr, welche Haltung die amerik.-jüd. Organisationen einnehmen werden.

In seiner Erwiderung drückte *Warburg* seine Sympathien für die Ziele der projektierten Konferenz aus. Er erklärte, daß auch er zur Ueberzeugung gekommen sei, daß ein planmäßiges Zusammenarbeiten des europäischen und amerik. Judentums für das Hilfswerk absolut dringend sei. Die Aufgabe sei so enorm, die zur Verringerung der Leiden der jüd. Millionenmassen erforderlichen Mittel müssen so ungeheuer sein, daß auch das amerik. Judentum trotz seiner gewaltigen Finanzquellen, allein nicht imstande sein würde, dieses Werk zu vollbringen. Denn er könne es nicht leugnen, daß das amerik. Judentum in seiner Gebefreudigkeit ermatte. Er fürchte, daß es den großen Aufgaben ohne Hilfe der europäischen Juden nicht werde nachkommen können. Außerdem glaube er, daß ein Austausch der Erfahrungen über die Methoden der Verwendung der gesammelten Fonds absolut notwendig sei, um große Resultate zu erreichen. Er habe jedoch auf Grund seiner Beobachtungen in Europa ein Bedenken, daß eine internationale Zusammenkunft von Juden aller Länder unter den gegenwärtigen Bedingungen zu Mißverständnissen führen könnte und den Feinden des Judentums, welche in der letzten Zeit ein außerordentliches System antisemitischer Propaganda in fast ganz Europa entfaltet haben, einen bequemen Vorwand gewähren würde, um ihre verbrecherischen Intentionen fortzusetzen. Deswegen meine er, die jüd. Weltkonferenz müsse um einige Monate aufgeschoben werden, während in der Zwischenzeit eine amerik. Kommission nach den verschiedenen europäischen Ländern geschickt werden sollte, um auch in Europa die besten Methoden der Herbeischaffung großer Mittel durchzuführen und die Systeme der Verwendung festzusetzen. Dessenungeachtet wolle er versichern, daß er sich den Plänen des Komitees nicht widersetze und daß er nach seiner Rückkehr nach Amerika dem Joint Distribution Committee das ganze Projekt in aller Ausführlichkeit darlegen und alle Anlässe und Motive zur Einberufung der Hilfskonferenz wiedergeben werde, wie er sie im Komitee der Jüd. Delegationen vernommen habe, um eine Resolution des Joint Distribution Committee in kürzester Zeit herbeizuführen.

Nach den Ausführungen Warburgs gaben mehrere Teilnehmer der Sitzung zustimmende Erklärungen im Namen der lokalen Organisationen ab. Dr. *Diamant* (Czernowitz) erklärte im Namen des Nationalrates der Bukowina und von Transsylvanien sein Einverständnis zu der geplanten Konferenz, wobei er ausführte, daß eine Durchführung von Studien über den Zustand der Juden des Ostens als Vorbereitung einer Konferenz zwecklos ist. Bis die Studien beendet sein werden, dürfte sich die Lage wieder verschlechtert haben, daher müsse rasch zugegriffen werden. Mit Details werde die Konferenz sichohnehin nicht befassen können.

Dr. *Ringel* meinte, daß die Bedenken wegen Entfachung eines besonders gefährlichen Antisemitismus jeder Grundlage entbehrten. Wären solche Bedenken irgendwie begründet, so hätte das Komitee d. J. D. noch viel weniger als die geplante Welthilfskonferenz zustande kommen dürfen, da es direkte politische Aktionen habe unternehmen müssen. Zudem könne er sich gar nicht vorstellen, daß selbst Amerika ohne den Ruf seitens einer jüd. Welthilfskonferenz eine dem Moment entsprechende grandiose Wirksamkeit werde entfalten können. Die amerik. Vertreter werden sehr bald dieselbe Ueberzeugung gewinnen.

Naiditsch (Petrograd) erklärt s. Zt. habe man sich auch in Rußland gegen die Bildung einer speziellen jüd. Hilfsorganisation gewehrt. Man habe damals den Einwand erhoben, daß die jüd. Sonderorganisation zur Stärkung des Antisemitismus Anlaß geben würde. Das russ. Judentum habe im Bewußtsein dessen, was auf dem Spiele stehe, auf solche Einwände indes keine Rücksicht genommen. Die spätere Zeit habe dann gezeigt, wie dringend die jüd. Hilfsorganisation in Rußland gewesen sei. Denn dank der frühzeitigen straffen Organisation, sei es neben dem amerik. Judentum dem russ. Judentum gelungen, trotz den Kriegskatastrophen aus ihrem eigenen Milieu viele Millionen aufzubringen.

Kaplan (Kiew) erklärt, daß das nationale jüd. Sekretariat der Ukraine im Einklang mit den Beschlüssen der ukrainisch-jüd. engeren Versammlung bereits

im vorigen Winter die Dringlichkeit der Abhaltung einer allg. jüd. Hilfskonferenz eingesehen habe und dafür eingetreten sei. Infolge der ungeheueren Katastrophen, welche das Judentum der Ukraine erst in den letzten Monaten erlitten habe, sei die Welthilfskonferenz noch dringender geworden. Er wolle übrigens diese Gelegenheit benutzen, um den Joint Distribution Committee in der Person seines Vorsitzenden Warburg nochmals nahezulegen, daß sobald als möglich eine Kommission des Joint Distribution Committee, mit ausreichenden Vollmachten und großen finanziellen Mitteln ausgestattet, nach der Ukraine sich begeben solle. Dies sei ein alter Beschluß noch aus der Zeit der Anwesenheit von *Marshall*. Leider sei indes dieser Beschluß noch nicht zur Durchführung gelangt.

Darauf resumierte der Vorsitzende den Inhalt der Beratungen: Das Bedürfnis nach einer allg. Zusammenkunft von jüd. Vertretern aller Länder in Fragen des Hilfswerkes sei so gewaltig, daß es unmöglich wäre, die Erfüllung dieses Bedürfnisses für längere Zeit aufzuschieben. Gegen die Idee einer Entsendung einer amerik. Kommission für dieselben Zwecke in die Länder selbst, lasse sich prinzipiell nichts sagen. Es müssen eben alle Mittel zur Anwendung gelangen. Wir wollen jedoch darüber klar sein, daß eine solche Kommission nur vorbereitende, nicht entscheidende Arbeit leisten kann und darf. An dem von uns zu Anfang angegebenen Zeitpunkt für die Hilfskonferenz (Nov. oder Dez.) halten wir nicht fest. Wir wollen den amerik. Vertretern möglichst weit entgegenkommen, indem wir die Einberufungszeit für den Januar verschieben. Dies ist aber der letzte vernünftige Termin. Sonst liefen wir Gefahr, daß wir einen Teil unserer Leistungsmöglichkeiten versäumen würden. Die Zustimmungen, welche das Komitee d. J. D. nacheinander von den verschiedensten Seiten erhalten hat, beweisen nochmals, daß die geplante Hilfskonferenz nicht ein künstliches Unternehmen sondern eine Lebensnotwendigkeit sei. Die allg. jüd. Welthilfskonferenz wird daher auf jeden Fall abgehalten werden.

Warburg erklärt darauf, daß er in Amerika in freundschaftlicher Weise über die interessanten und instruktiven Beratungen, welche er mit dem Komitee d. J. D. und dessen einzelnen Mitgliedern gehabt habe, berichten werde. Er glaube mit Bestimmtheit, daß wir zu einer Verständigung gelangen werden. Er habe hier nur Bedenken äußern, aber keineswegs als Gegner der Pläne des Komitees auftreten wollen. Er danke dem Komitee für die Gelegenheit, die sich ihm geboten hätte. Der Vorsitzende teilte während den Beratungen auch mit, daß unmittelbar vor Beginn der Versammlung ein Telegramm von *Marshall* eingelaufen sei, in welchem dieser das Komitee d. J. D. dringlichst auffordert, mit Warburg das ganze Gebiet der Hilfsfragen durchzugehen. Nach der Sitzung wandte sich Warburg an den Vorsitzenden der Sitzung mit der Aufforderung, die Arbeit mit Bezug auf die Hilfskonferenz fortzusetzen. „Sie können dessen sicher sein, daß die amerik. Hilfsgesellschaften auf der Konferenz gebührend vertreten sein werden."

Die Verteilung des Orients.

„Echo de Paris" schreibt: Emir *Feysul*, der Sohn des Königs von Hedschas und des angeblichen Königs von Syrien fordert, nachdem er vergeblich seine Forderungen auf Syrien bei *Lloyd George* und Marschall *Allenby*, sowie bei *Clemenceau* geltend gemacht hatte, beim *amerikanischen Unterstaatssekretär Polk ein Schiedsgericht Amerikas über die syrische Angelegenheit*. Da die militärische Konvention, welche die Räumung Syriens durch die engl. Truppen bezweckte, vom Obersten Rate im Sept. gebilligt worden war, konnte Polk ein solches Verlangen nach einem Schiedsgericht nicht entgegennehmen.

Chronik.

Russland.

Befreiung der zion. Führer.

In London ist die Meldung eingetroffen, daß die Mitglieder des zion. Zentral-Komitees, die von den Bolschewisten verhaftet worden waren (s. J.P.Z. No. 58/59) wieder befreit worden sind.

— Die „Jewish Times" will eine Kopie des Projektes für die neue russische Konstitution gesehen haben, das der russ. Konstituante vorgelegt werden soll, sobald diese nach Vertreibung der Bolschewisten zusammentreten kann. Aus dem ausführlichen Bericht ist ersichtlich, daß die jüd. Rechte in diesem Projekte nicht den geringsten Schutz finden. Nicht nur werden die Juden nirgends als nationale Minderheit erwähnt oder anerkannt, sondern auch die jüd. Emanzipation wird darin nicht genügend garantiert.

— „Manchester Guardian" vom 18. Okt. enthält in der Fortsetzung des Berichtes seines Spezial-Korrespondenten über Sowiet-Rußland eine ausführliche Widerlegung des bekannten Vorwurfes, die Juden würden sich maßlos am Bolschewismus beteiligen. In Moskau gibt es unter den 18 Kommissären nur einen einzigen jüd. Blutes, *Trotzky*. Unter den Angestellten der Kommissariate befinden sich zwar viele Juden, doch dürfe man nicht vergessen, daß auch während des zaristischen Regimes Juden in jeder revolutionären Bewegung zu finden waren; dies war ja der einzige Weg des Protestes gegen die an ihnen begangenen Grausamkeiten. Es wäre absurd, in den Regierungsämtern nach Angehörigen einer Rasse zu suchen, die immer Erziehung und Kultur hochschätzte, Eigenschaften von allerhöchster Bedeutung im neuen Regime. Aber wo immer sich Juden befinden, da gibt es auch Russen in unvergleichlich grösserer Zahl. Man könne höchstens sagen, daß die Juden jetzt in den bolschewistischen Aemtern in einem grösseren Prozentsatz zu finden sind, als ihrer Rasse im Verhältnisse zu der Gesamtbevölkerung zustehen würde. Dies ist jedoch etwas ganz anderes als die allgemein geglaubte Ansicht, daß Juden und Bolschewiki Synonyme sind. Diese Meinung herrscht noch weiter vor und hat schreckliche Resultate gezeitigt. In den Distrikten, die von Denikin, Petljura und den Polen besetzt werden, stehen Pogrome an der Tagesordnung, gestützt auf die Darlegung, daß dort wo man einen Juden finde, auch ein Bolschewik da sei. Der Korrespondent betont am Schluß, er habe allen Grund anzunehmen, daß seine Darlegung über den Anteil der Juden am Bolschewismus eine korrekte sei und es wäre nur recht und billig, die Aufmerksamkeit auf die schrecklichen Konsequenzen dieses so populären Mißverständnisses hinzulenken.

Ukraine.

Neuerliche Einladung zur Entsendung einer Kommission nach der Ukraine.

Der Präs. der ukr. Friedensdelegation in Paris hat an die wichtigsten jüd. Organisationen neuerlich eine Einladung geschickt, an einer zur Untersuchung der Pogrome nach der Ukraine zu entsendenden Kommission teilzunehmen. Diese Einladung ist an Lucien *Wolf* für das Joint Foreign Committee, Israel *Zangwill* als Präs. der Ito, an das Komitee der Jüd. Delegationen, an die zion. Organisation, an *Bigart*, Sekretär der Alliance und Louis *Marshall* als Präs. des amerik. jüd. Kongresses ergangen. Im Einladungsbriefe heißt es u. a., die Regierung hat die Ehre, Sie einzuladen, an dieser Kommission teilzunehmen, damit die Juden sich überzeugen, daß die Regierung alles, soweit es nur von ihr abhängt, tue, um gegen die traurige Lage anzukämpfen, die übrigens nur in den größtenteils von einer gemischten Bevölkerung bewohnten Städten herrscht, während die Dörfer, wo die Ukrainen 97 % der Bevölkerung bilden, absolut frei von Pogromen geblieben sind. Die Juden leben dort vollkommen sicher und geniessen die Sympathien der Bevölkerung. Die Regierung werde mit größter Aufmerksamkeit die Vorschläge der Kommission, insoweit sie ihr solche zustellen werde, prüfen, um endlich diesen schauderhaften Dingen, die dem ganzen Lande zum Schaden gereichen, ein Ende zu bereiten. Die Kosten der Reise werde die Regierung tragen.

— Wie das Londoner Jüd. Korrespondenzbureau aus New York erfährt, hat *Wilson* ein Telegramm des amerik. Botschafters in Konstantinopel erhalten, in welchem der Gesandte den Präsidenten über die schreckliche Lage der Juden in der Ukraine informiert und um schleunige Hilfe bittet.

— „Mantiurea“ berichtet, daß sich in Odessa zum Schutz der jüd. Bevölkerung ein ausschließlich aus Juden bestehendes Regiment, das 2000 Soldaten zählt, gebildet hat.

Polen.

Zulassung der jüd. Vertreter in den Senioren-Konvent.

Auf Grund von Unterhandlungen, die Abg. Dr. *Thon* mit dem Landmarschall und den maßgebenden Kreisen geführt hat, ist es gelungen, endlich die Zulassung eines jüd. Vertreters in den Senioren-Konvent zu erwirken, zu dessen Mitglied wahrscheinlich Dr. Thon gewählt werden wird.

Konferenz der jüd. Kaufleute.

Am 23. Okt. wurde in Warschau die für 2 Tage berechnete erste Konferenz der jüd. Kaufmannschaft Polens eröffnet, an der sich mehr als 500 Delegierte aus ganz Polen beteiligen.

Der „Hajnt“ verboten.

Am 22. Okt. wurde der „Hajnt,“ ohne nähere Angabe der Gründe, von den poln. Behörden verboten. An dessen Stelle erscheint in Warschau seit dem 23. Okt. ein Tagblatt unter dem Namen „Der Tog“.

— Der Vertreter des Joint Distribution Committee, *Hirschfield*, der jetzt als Nachfolger von Dr. Bogen in Warschau weilt, versprach einer bei ihm erschienenen Delegation monatlich 100.000 Kronen für die Erhaltung der derzeit noch bestehenden Baron Hirsch-Schulen in Galizien und der Bukowina zu widmen, da diese Schulen nicht mehr wie bisher ihre Erhaltungsbeiträge von der in Wien befindlichen Verwaltung der Baron Hirsch-Stiftung erhalten.

— „Hamisrachi“, das Organ der poln. Misrachisten führt im Leitartikel vom 22. Okt. aus: Wir hoffen, daß die Konferenz der orthodoxen Organisationen, welche demnächst in *Amsterdam* stattfinden wird und die Konferenz der allg. zion. Organisationen, die in der *Schweiz* stattfinden wird, sich bemühen werden, einen Modus für ihre *Zusammenarbeit in Palästina* zu finden. Der Misrachi, der an beiden genannten Konferenzen aktiven Anteil nehmen wird, werde seinerseits diese Bestrebungen kräftig unterstützen.

Deutsch-Oesterreich.

Die Naturalisation in Deutsch-Oesterreich.

Laut „Jüdischer Morgenpost“ hat ein Mitglied des Komitees der Jüd. Delegationen in Paris nach Wien berichtet, daß das Präsidium erwähnten Komitees bei verschiedenen maßgebenden politischen Faktoren in Paris interveniert hat, damit die in Wien sich aufhaltenden jüd. Flüchtlinge ohne Schwierigkeiten laut den Bestimmungen des Friedensvertrages in Deutsch-Oesterreich naturalisiert werden können. Der Präsident Sokolow hat gegenüber einer jüd. polit. Persönlichkeit aus Galizien geäussert, daß die Aussichten dieser Aktion sehr gute seien. Man hofft die deutsch-österreichische Regierung zu bewegen, den jüd. Flüchtlingen auch weiterhin in Deutsch-Oesterreich ungestört Aufenthalt zu gewähren.

— Die britische Mission in Wien lud die Direktion der Jüd. Palästinareise- und Transportgesellschaft zu einer Besprechung ein, in deren Verlauf Stabskapitän Baron *Marrochetti*, der Vertreter der britischen Mission, der Gesellschaft seine Unterstützung versprach. Es sei eine *Milderung der Einwanderungsschwierigkeiten* zu erhoffen.

— Aus Wien wird der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ telegraphiert: Rabbi *Josef Engel* von Krakau, Mitglied des Rabbinerrates der Agudas Jisroel, einer der bedeutendsten Gaonim der Gegenwart, ist Freitag abends den 24. Okt., im 61. Lebensjahre in Wien verschieden. Die Beerdigung fand am 26. Oktober unter Beteiligung sämtlicher in Wien weilenden orthodoxen Rabbiner und Großrabbiner statt. Die sterblichen Ueberreste wurden nach der Schiffschul verbracht. Die Trauerreden hielten die Rabbiner von Brody, Buczacz, Sokolow, Starysambor, Bohorodczany und der Agudah-Obmann *Thumim*. Anwesend waren zirka 20.000 Personen. Die Trauerfeier dauerte 6 Stunden.

— Das von Arnold *Zweig* schon 1917 erschienene Drama „Ritualmord in Ungarn“ gelangte am 18. Okt. an der Neuen Wiener Bühne zur Erstaufführung, nachdem ein knapp vorher erlassenes Aufführungsverbot auf dringliche Vorstellungen hin aufgehoben worden war. Das Stück hat den bekannten Ritualmordprozeß von Tisza-Eszlar von 1887 zum Vorwurf, parallel mit der Handlung auf der Erde spielen sich auch Szenen im Himmel ab. Das Verbot war erlassen worden, weil Kundgebungen befürchtet wurden.

Deutschland.

Delegiertentag der Agudas Jisroel.

In unseren Bericht in No. 61/62 hat sich leider ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen, den wohl die meisten Leser von selbst berichtigt haben dürften. Es soll natürlich heissen „bei Gegensätzen grundlegender Bedeutung ist organisatorische Vereinigung unmöglich“ und nicht möglich.

Frankreich.

Paris. Die Vertreter des Nationalrates der Bukowina und des Nationalverbandes von Transsylvanien, Dr. Max *Diamant* und Dr. Markus *Krämer,* hatten anläßlich der Anwesenheit Felix *Warburgs,* des Präs. des Joint Distribution Committee, eine Konferenz, wobei sie ihn ersuchten, den Dank ihrer Heimat an Amerika für das geleistete Hilfswerk zu übermitteln. Sie schilderten ihm eingehend die Bedürfnisse der Judenheit der Bukowina und Transsylvaniens. Warburg versprach, die Darlegungen der Delegierten an geeigneter Stelle zu vertreten.

England.

Der 2. Jahrestag der Balfour-Deklaration.

Auf Aufforderung des zion. Aktions-Comités wird der 2. Nov. in allen Ländern durch große Demonstrationskundgebungen gefeiert werden. Für London ist eine Massenversammlung, der *Lord Rothschild* präsidieren, und in welcher u. a. *Herbert Samuel* die Festrede halten wird, angekündigt.

— Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ berichtet: Nach längerer Pause hat der Board of Deputies seine Arbeiten wieder begonnen. Bekanntlich wirbelt jetzt in England die Frage der *Aliens bill* grossen Staub auf und auch in der ersten Sitzung des *Board of Deputies* kam es wegen dieser Frage zu aufgeregten Debatten. Das *Parlamentary and law committee* legte einen Bericht vor über die von ihm zugunsten der Fremden unternommenen Schritte, der einen Großteil der Versammlung nicht befriedigte. Man warf dem Komitee vor, daß es sich nicht genügend warm und energisch der östlichen Juden angenommen habe. Als Baron Anthony de *Rothschild,* der Vizepräsident des Board, in seiner Rede ausführte, daß ihm die Verfolgungen der Fremden zwar mißfallen und er sich ihrer als Engländer schäme, jedoch fraglich sei, ob der Board als solcher sich der Fremden annehmen müsse, da er doch ein Board of Deputies of british Jews sei, also nur wie Briten vorzugehen habe, entstand grosser Tumult. Der Antrag, eine besondere Deputation zu den einzelnen Abgeordneten zu entsenden, blieb mit 21 gegen 36 Stimmen in der Minorität, dagegen wurde beschlossen, daß das Parlamentary and law committee sich neuerlich mit den einzelnen Deputierten in Verbindung setzen möge, damit diese im Parlament Amendements einbringen, um Erleichterungen in dieser die Juden so tief berührenden Frage zu erwirken. Interessant ist, daß im Laufe der Debatte von Mr. *Laski* die Aeußerung fiel, daß er sich der jüd. Abgeordneten schäme und froh wäre, wenn Nichtjuden an ihrer Stelle sässen.

Bei der Parlaments-Debatte kam es zu diversen antisemitischen Reden einzelner Abgeordneten. Besonders warm nahmen sich der Juden die Abgeordneten *Kiley,* Abg. von Whitechapel und Ormsby *Gore* an. Baron Lionel de *Rothschild* verlangte, gemäß dem vom Board of Deputies angenommenen Amendement, daß Ausländer, denen die Einreise von den Immigrations-Beamten nicht gestattet wird, das Recht haben sollen, an ein Immigrations-Tribunal zu appellieren, wie auch daß ohne Gerichtsprozeß, wo die Fremden sich verteidigen können, keiner ausgewiesen werden dürfe. Der Minister des Innern erklärte, daß er zwar dem beistimme, daß eine Appellation vor der Ausweisung aus dem Lande möglich sein solle, es sei jedoch sehr schwer, ein solches Tribunal, das große Kosten verursachen würde, zu schaffen. Falls man ihm einen gangbaren Weg zeigen werde, wie ein solches Tribunal geschaffen werden könne, so werde er diesen Vorschlag in das Gesetz-Projekt, sobald es anderswo (d. h. im Oberhause) verhandelt werden wird, einfügen. Das Amendement Lionel de Rothschilds wurde abgelehnt.

— *Dr. Henry Keller,* Mitglied der amerik. zion. medizinischen Vereinigung, ist nach einem einjährigen Aufenthalt in Palästina, in London eingetroffen.

Holland.

Chaluzim Landesorganisation in Holland.

Die „J. P. Z.“ entnimmt dem Bericht der Chaluzim Organisation in Holland folgendes:

Am 12.—13. Okt. hat in Deventer bei Twello eine Konferenz der nicht organisierten „Chaluzim“ Vereine Hollands stattgefunden, um dieselben zu einer Landes-Organisation zu vereinigen. Die Hauptaufgabe des „Hechaluz“ besteht in folgendem: junge Männer und Mädchen zu einer produktiven Arbeit in Palästina vorzubereiten und die hebr. Sprache und Kultur zu beleben, um in Palästina einen landwirtschaftlichen und kulturellen Jischuw zu schaffen. Die Statuten des Hechaluz verlangen von jedem Mitglied, daß es sich in dem landwirtschaftlichen oder irgend einem anderen produktiven Fach ausbildet. Die Mitglieder haben nicht das Recht Holland zu verlassen um nach Palästina zu gehen, bevor sie sich in einem Spezialfach ausgebildet und die Erlaubnis des Vorstandes erhalten haben.

Die Vereinigung der Chaluzim aller Länder zu einer *Chaluzim Welt-Organisation* herbeizuführen, dies ist nur durch eine *Chaluzim Welt-Konferenz* möglich. Deshalb wird die älteste Chaluzim Organisation von Polen aufgefordert die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz bei erster Gelegenheit zu ergreifen und die Arbeiter-Organisationen von Palästina „Hapoel Hazair“ und „Achduth Haawodah“ aufzufordern, nach Palästina einen „Arbeits-Kongreß“ aller palästinensischen und Galuth Organisationen, die auf dem Boden der Schaffung produktiver Arbeit in Palästina stehen, einzuberufen. Die Konferenz beschließt die Schaffung eines *Chaluzim-Dorfes* in Holland, um die Chaluzim in Gärtnerei und Landwirtschaft auszubilden.

Amerika.

— Der Kassier der Misrachi-Fraktion in Amerika *S. Rosenblatt* hat seine Demission und seinen Austritt aus der Partei erklärt. In einem Brief an die allg. amerik. zion. Organisation erklärt Herr Rosenblatt, daß als er in die Misrachi-Fraktion eingetreten ist, deren Ziel die Ideen der Thora-Traditionen unter dem jüd. Volk im Allgemeinen und unter den Zionisten im Besondern zu verbreiten gewesen sei. Diese Bestrebungen

haben die Existenz des Misrachi berechtigt. In der letzten Zeit hat der Misrachi angefangen politische Bestrebungen zu verfolgen, welche die Fundamente der allg. zion. Organisation untergraben, deshalb gibt es zwischen der Fraktion und der allg. Partei Reibungen, die der Sache der zion. Organisation in Amerika Schaden zufügen. Das ist die Ursache seines Austritts aus der Misrachi Fraktion. Seinen Beitrag zu dem „Zion Common Wealth“ hat er der amerik. allg. zion. Organisation überwiesen.

Palästina.

Weizmann in Palästina.

Freitag den 17. Oktober ist Prof. *Weizmann* in Jerusalem eingetroffen.

— Der palästinensische Korrespondent der Jüd. Preßzentrale Zürich“ berichtet:

Am 6. Oktober ist *Ussischkin* in Jerusalem eingetroffen. In Kairo hat er zusammen mit *Dr. Eder*, dem stellvertr. Präs. des Waad Hazirim, der sich dorthin begeben hatte, um mit Ussischkin zusammenzutreffen und um dort mit der oberen Verwaltung des von England okkupierten Gebietes wegen Palästina betreffenden Angelegenheiten in Verbindung zu treten, dem Oberst *Meinertzhagen* einen Besuch abgestattet. „Hadshoth Haaretz“ und „Duar Hayom“ widmen der Ankunft Ussischkins längere Artikel, in denen sie die Hoffnung ausdrücken, daß mit seiner Ankunft die Tätigkeit der jüd Verwaltung Palästinas sich viel intensiver gestalten werde. Einem Mitarbeiter der „Hadshoth Haaretz“ erklärte Ussischkin, daß die 3 verschiedenen Institutionen, die bis jetzt in Palästina existierten, die jüd. Palästina-Verwaltung, der Waad Hazirim und die National-Fonds Verwaltung laut Beschluß des E. A. C. in London, in der zion. Palästina-Kommission vereinigt werden sollen, die aus 11 Mitgliedern besteht und in der Ussischkin als zweiter Präsident tätig sein wird. Er versicherte, daß bald in allen jüd. Institutionen nur die hebr. Sprache gebraucht werden wird. Ussischkin versprach demnächst in einem öffentl. Vortrag über die politische Lage Palästinas sich zu äußern. Ehe er sein Amt als zweiter Präs. der zion. Palästina-Kommission antritt, wird er während eines Monats alle Städte und Kolonien bereisen, um die Lage genauer zu studieren.

— Laut Zeitungsmeldungen soll sich Dr. *Ruppin* in den nächsten Tagen nach Palästina begeben.

— Der bekannte aus Wilna stammende Zionist *J. L. Goldberg*, der auch eigenen Boden in Palästina besitzt, ist mit Familie von London nach Palästina abgereist, um dort ständigen Wohnsitz zu nehmen. Auch Herr *Boris Goldberg*, dem das Finanzwesen der zion. Organisation untersteht, soll baldigst nach Palästina übersiedeln, um in Haifa Wohnsitz zu nehmen. Es sind auch Gerüchte verbreitet, daß sobald nur der Weg nach Konstantinopel offen sein wird, *Bialik, Drojanow* und Dr. *Glückstein* sich nach Palästina begeben werden. (Judisze Folk.)

Nach Palästina zurückkehrende Flüchtlinge.

Etwa 300 palästinensische Juden, die von den Türken während dem Kriege ausgewiesen wurden und sich nach Griechenland geflüchtet hatten, sind jetzt nach Palästina zurückgekehrt. Aus Persien haben nach einer äußerst beschwerlichen Reise 8 Juden ebenfalls Palästina erreicht.

— Am Rosch-Haschanah haben u. a. der zur Zeit in Jerusalem weilende Kardinal *Giustini* in Begleitung vieler Geistlicher, der muselmanische Mustafa in Begleitung von *Mohammed Effendi al Husini*, sowie der griechische Konsul, dem Chacham-Baschi von Jerusalem, Rabb. *Danon*, Besuche abgestattet.

— Rabb. *Kook* hat den Vorstand des „Histadruth Jerischolaim“ zu sich eingeladen und demselben vorgeschlagen, die Arbeiten dieser Vereinigung in grösserem Maßstabe aufzunehmen. Jerusalem soll der Sitz des Zentralkomitees für die Diaspora werden.

— Der Jerusalemer „Waad Hair“ kooptierte 12 neue Mitglieder aus den Fortschrittsparteien, darunter 3 von der Achduth Haawodah und 4 vom Hapoel Hazair.

— In *Tel-Adas* hat man mit dem Häuserbau für die entlassenen jüd. Legionäre begonnen, woselbst für dieselben 100 Häuser errichtet werden sollen. 12 werden schon in den nächsten 2 Monaten fertiggestellt. Die Häuser bestehen aus 3 Zimmern und werden mit größter Schnelligkeit nach dem letzten amerikanischen System gebaut.

— Die Preise der Lebensmittel in Palästina sind in der letzten Zeit bedeutend in die Höhe gegangen.

Schweiz.

— Kürzlich weilte Nahum *Sokolow* einige Tage in der Schweiz, um seine Familie, die sich in der Schweiz aufhielt, nach Paris abzuholen.

— Herr Michael *Aleinikoff*, Präs. des Prov. Jüd. Nationalrates in Petrograd, begab sich am 30. Oktober nach mehrmonatlichem Aufenthalte in der Schweiz, nach Paris, um dort an den Beratungen und Arbeiten des Komitees der jüd. Delegationen wieder teilzunehmen.

— Die „Hadshoth Haaretz“ veröffentlicht in No. 91 unter dem Titel „Arbeit“ einen Artikel des Zürcher Kantonsrates *Dr. Farbstein*, in welchem derselbe die Tatsache aufs Schärfste verurteilt, daß die paar hundert amerik. jüd. Legionäre, die beschlossen hatten nach ihrer Entlassung in Palästina zu bleiben, das Land doch verlassen müssen, weil für sie keine Beschäftigung gefunden wurde. Dr. Farbstein schreibt u. a.: Er gehöre zwar nicht zu denjenigen Materialisten, die keinen Glauben an Ideale haben, aber seiner Meinung nach könne die Palästina-Bewegung nur dann existieren, wenn sie eine ökonomische Bewegung sein wird u. nicht nur eine kulturellen und deshalb hätte man anstatt von der Einrichtung von höheren Schulen, Universitäten u. s. w. in Palästina zu sprechen sich lieber um Arbeit für die Chaluzim bemühen sollen.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Soeben erschien: *Heinrich Margulies „Kritik des Zionismus“*, das lange erwartete Werk über die theoretischen Grundlagen der großen polit. Bewegung. Das Buch gliedert sich in folgende Abschnitte: Aufruf zur Kritik; 1. Kapitel: Theorie der menschlichen Kräfte; 2. Kapitel: Theorie der Geschichte: 3. Kapitel: Theorie des sozialen Lebens; 4. Kapitel: Theorie der Nation. Preis geheftet K. 14,40 geb. K. 19 20. Zu beziehen durch R. Löwit, Wien I, Rotenturmstraße 22.

— Von Rabb. *Chajim Bloch* in Atzgersdorf erschien ein von der jüd. Presse günstig aufgenommenes Legendenbuch „Der Prager Golem“. Preis Kr. 13.50. Zu beziehen durch Dr. Blochs Wochenschrift, Wien.

— Der in Berlin erscheinende „Schlemiel“ erläßt ein Preisausschreiben für 2—3 Druckseiten nicht übersteigende Skizzen oder kleine Erzählungen, die zur Veröffentlichung im Schlemiel geeignet sind. Die Preise betragen Mk. 150.— resp. Mk. 100.—. Die Einsendung des Manuskriptes hat bis zum 30. Nov. zu erfolgen.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich